

**Pressekontakt**

Bundesverband Säge- und  
Holzindustrie Deutschland e.V.  
(BSHD)  
Pressestelle  
Reinhardtstraße 18  
10117 Berlin

Telefon: 030/ 22 32 04 90  
Telefax: 030/ 22 32 04 89

info@bshd.eu  
www.bshd.eu

## **PRESSEMITTEILUNG**

018/2010  
07. Juli 2010

### **Rot/Grüner-Koalitionsvertrag in NRW gefährdet Rohstoffversorgung der Holzindustrie**

Der jetzt bekannt gewordene Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen gefährdet nach Ansicht des Bundesverbandes Säge- und Holzindustrie Deutschland e.V. (BSHD) die Rohstoffversorgung der nordrhein-westfälischen Holzindustrie sowie angrenzender Bundesländer.

„Die im Koalitionsvertrag getroffenen Aussagen zu einer ‚NRW-Biodiversitätsstrategie‘ sowie zum kontrovers diskutierten Nationalpark im Kreis Lippe lassen die Befürchtung aufkommen, dass zukünftig in NRW eine Politik betrieben werden soll, die die jetzt schon angespannte Lage auf den Rundholzmärkten weiter verschärfen wird. Rein politisch motivierte und naturschutzfachlich überzogene Bewirtschaftungsrestriktionen kann die dort ansässige Forst- und Holzwirtschaft aber nicht mehr weiter mittragen. Hier werden nicht nur Potenziale im Klimaschutz verschenkt, sondern auch hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet“, so BSHD-Vizepräsident Lars Schmidt, „das ist eine erhebliche, und zudem unnötige Verschwendung wertvoller Ressourcen“.

Der BSHD ist sich sicher, dass die auf andere Fraktionen angewiesene Rot/Grüne-Minderheitsregierung sich bei den angesprochenen Themen gesprächsbereit zeigt.

„Rot/Grün ist auf Stimmen von CDU, FDP und Linken angewiesen. CDU und FDP werden sicherlich keine Zustimmung für Projekte geben, die den Landeshaushalt weiter belasten wie es im Falle eines Nationalparks mit ca. 120 Millionen Euro geschehen würde. Die Linke würde durch die Zustimmung zur Ausweisung eines Nationalparks und die Umsetzung der NRW-Biodiversitätsstrategie ihre eigenen Wählerschichten, die Arbeiter in den Betrieben der Holzindustrie, treffen. Sollten sich SPD und Grüne nicht Gesprächsbereit zeigen, wird der BSHD in Verbindung mit anderen Branchenvertretern den parlamentarischen Widerstand organisieren“, so Schmidt weiter.